

## **Atomausstieg light – Energiewende offen Resolution zum Ausstiegsplan der Bundesregierung**

Der von der Bundesregierung jetzt vorgelegte Ausstiegsplan ist ein Teilerfolg, der nur durch den unermüdlichen Einsatz der Anti-Atom-Bewegung und der sie unterstützenden Organisationen und Parteien zustandekam und den wir uns auch nicht nehmen lassen.

Für einen endgültigen, gesicherten Ausstieg und eine wirkliche Energiewende bleiben aber noch viele Fragen offen und viele Forderungen unberücksichtigt

### **Beurteilung und Forderungen**

1. Von der notwendigen, technisch, wirtschaftlich und politisch möglichen Minimierung des nicht beherrschbaren Risikos durch 9 weiterlaufende KKW kann keine Rede sein. Ein Gesamt-Ausstieg ist bis 2013, spätestens bis 2017 möglich (s. Gutachten und Stellungnahmen von UBA, Uni Flensburg, Öko-Institut, Greenpeace, BUND, u.a.)
2. Die Vorhaltung eines jetzt abzuschaltenden KKW als „Kaltreserve“ ist technisch und politisch indiskutabel
3. Die Endlagerfrage bleibt unbeantwortet. Dringend erforderlich ist eine vergleichende und ergebnisoffene Endlagersuche in ganz Deutschland verbunden mit einem Erkundungs- und Ausbaustopp im Salzstock Gorleben
4. Neue Braunkohle- und Steinkohle-KWes dürfen nicht gebaut werden. Falls tatsächlich eine Stromangebotslücke nachweisbar ist, sind allerhöchstens moderne Gas-KWes mit voller KWK akzeptabel
5. Der Ausstieg muss unumkehrbar und endgültig sein. Dazu ist er im Grundgesetz zu verankern
6. Der Ausstieg ist noch keine Energiewende: Ziel kann nur eine Energiewirtschaft sein, die zu 100% auf erneuerbaren Energien beruht. Nur mit Atomausstieg und Energiewende wird eine Abkoppelung von den fossilen Energieträgern und damit wirksamer Klimaschutz möglich sein.
7. Massiver Ausbau und Förderung von energetischer Gebäudesanierung, von Effizienz (KWK u.a.)- und Energiespeicher-Technologien und der erneuerbaren Energien sowie die Abschwächung der Degression der PV-Einspeisevergütung sind dafür zwingend erforderlich. Stattdessen werden z.B. die PV-Fördermittel gekürzt und im novellierten EEG die großen zentralen Anlagen der großen EVUs gegenüber den dezentralen privaten Anlagen bevorzugt
8. Die Energiewende braucht die Dezentralisierung des Energiesystems, vorallem durch Rekommunalisierung. Wie auch die TAB-Studie für den Deutschen Bundestag von 2010 zeigt, wird dadurch auch Gefährdung und Verletzbarkeit des Stromversorgung minimiert. Notwendig dazu ist die Stärkung der regionalen und kommunalen Stromversorger, auch durch Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes. Das Anbietermonopol der großen EVU ist zu brechen. Dabei ist auch an eine Verstaatlichung der Netze zu denken. Die Energieversorgung und die Tarifgestaltung sind unter demokratische Kontrolle zu stellen
9. Die Energiewende muss sozial gestaltet werden. Der Atomausstieg darf und muss nicht zu Lasten der finanziell Benachteiligten gehen, während die Strompreise für Großverbraucher weiter subventioniert werden (z.B. auf 3 c/kWh für Aluminiumwerke).

Für den Atomausstieg sollen in erster Linie die großen Energieversorgungsunternehmen bezahlen, die sich am Betrieb von KKWn bisher eine goldene Nase verdient haben.

10. Mit einer Energiewende in Deutschland sind neben den energie- und umweltpolitischen Vorteilen Chancen für eine innovative wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen verbunden.

### **Fazit**

Es gibt keine Alternative zum Abschalten der KKW und zu einem völligen Umstieg auf erneuerbare Energien. Der vorliegende Ausstiegsplan der Bundesregierung ist dazu bestenfalls ein erster Schritt. Aber er ist zu langsam und zu unzureichend, um einen dauerhaften Atomausstieg und eine wirkliche Energiewende zu sichern.

**Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Vertreter im Bundesrat auf, sich nachdrücklich für die Aufnahme der o.a. Forderungen in das Gesetzespaket zum Atomausstieg einzusetzen.**